

Pressemitteilung

7. Dezember 2020

Keine Abschiebungen während einer Pandemie Zivilgesellschaftlicher Appell vor der Innenministerkonferenz

Während der Corona-Pandemie sind Abschiebungen nicht zu verantworten. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen fordert daher mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis die Innenministerkonferenz auf, ein bundesweites Abschiebungsmoratorium zu verhängen. Insbesondere appelliert er an den hessischen Innenminister Peter Beuth, sich bei dem Treffen vom 9. bis 11. Dezember dafür einzusetzen. Sollte es bei der Innenministerkonferenz zu keiner bundesweiten Einigung kommen, so fordert der Paritätische Hessen den Minister auf, seinen Handlungsspielraum zu nutzen und auf Landesebene zumindest Abschiebungen in Herkunftsstaaten für die Dauer der Pandemie auszusetzen.

„Abschiebungen setzen in der derzeitigen Ausnahmesituation mehr denn je das Leben der Abgeschobenen aufs Spiel. Auch das Begleitpersonal wird unnötig in Gefahr gebracht“, sagt Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen. „Um Menschenleben nicht in Gefahr und die Pandemie unter Kontrolle zu bringen, sind Menschen in Deutschland und weltweit aufgerufen, auf unnötige Reisen zu verzichten. Dazu gehören in jedem Fall auch unfreiwillige Rückführungen.“ Das Auswärtige Amt hat eine Vielzahl von Reisewarnungen für zahlreiche Länder erlassen, die auch Zieländer von Abschiebungen umfasst. Auch vor diesem Hintergrund sind Abschiebungen dorthin nicht akzeptabel.

Zahlreiche Herkunftsländer von Asylsuchenden haben marode Gesundheitssysteme und sind nicht in der Lage, an dem Virus Erkrankte zu versorgen. Auch Staaten mit einem relativ gut aufgestellten Gesundheitssystem kommen an ihre Kapazitätsgrenze. „Die Zahl der Corona-Infizierten steigt weltweit dramatisch, ganz zu schweigen von der rasant steigenden Zahl der Toten“, erklärt Lea Rosenberg, Referentin Migration, Flucht und Asyl beim Paritätischen Hessen: „Menschen werden in Länder abgeschoben, in denen

sich die Pandemie bereits katastrophal auswirkt. Das Risiko für ihre Gesundheit und körperliche Unversehrtheit ist immens.“ Dies gilt für Abschiebungen in Staaten wie Pakistan oder Afghanistan ebenso wie für Abschiebungen in EU-Länder wie Spanien oder Italien im Rahmen der Dublin-Verordnung. Alle Abschiebungen sollten mindestens bis April 2021 ausgesetzt werden.

Der gemeinsame Appell an die Innenministerkonferenz für ein Abschiebemoratorium in der Corona-Pandemie wird von mehr als 30 Organisationen gezeichnet, unter anderem folgende bundesweit oder in Hessen aktive:

Pro Asyl

Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF)

Seebrücke - Schafft Sichere Häfen!

Hessischer Flüchtlingsrat

Diakonie Hessen

Ansprechpartnerin für die Presse:

Lea Rosenberg

Referentin Migration, Flucht und Asyl

Telefon 0 69 / 955 262-52

E-Mail: lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

Der Paritätische Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der Paritätische Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

**Deutscher PARITÄTISCHER
Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.**

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0
Fax: 069 551292

E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org